

SOLIDARISCH



DIE RECHTE IN BUNDESBERN IST AUSSER RAND UND BAND: Die bürgerliche Mehrheit setzt scheinbar Steuern für Reiche und Grosskonzerne durch. Gleichzeitig treibt sie den Rentenabbau voran: Zuerst mit Rentenalter 65 für die Frauen, dann für alle.

Rauf mit den AHV-Renten!



Christine Goll,
Präsidentin SP60+

Die AHV hat ein geniales Finanzierungssystem. Beiträge bezahlen wir alle. Dabei gibt es keine Lohnobergrenze, und auch Vermögende werden zur Kasse gebeten. Kaum zu glauben, aber Tatsache: Einkommensstarke oder auch sehr vermögende AHV-Pflichtige gelangen immer wieder an die Ausgleichskassen. Sie möchten keine Beiträge mehr bezahlen. Im Gegenzug würden sie auf die Rente verzichten. «Der Millionär braucht die AHV nicht, aber die AHV braucht den Millionär.» Das gilt immer noch und ist der wahre Grund, warum diejenigen, die die Interessen der Privilegierten vertreten, die AHV schlecht reden und demontieren wollen.

Die politische Rechte entlarvt sich selbst: Sie fordert Rentenabbau für alle, entlastet aber mit der geplanten Abschaffung der Verrechnungssteuer ausschliesslich Kapitaleigentümer und Vermögende. Weitere Steuerprivilegien für Reiche sind bereits in der Pipe-

line. Den Preis bezahlt die grosse Mehrheit der Bevölkerung.

Rentenalter-Erhöhungen bedeuten immer Rentenabbau. Die Vorlage «AHV 21» will das Frauenrentenalter 65 einführen. Konkret bedeutet dies Rentenkürzungen von jährlich 1200 Franken für die Frauen. Wer die Erhöhung des Frauenrentenalters für ein Gleichstellungsprojekt hält, schneidet sich ins eigene Fleisch. Die Initiative von rechts für Rentenalter 67 ist bereits deponiert. Die ohnehin schon schwierige Arbeitsmarktsituation für ältere Arbeitnehmende und die gesundheitlichen Voraussetzungen werden dabei ausgeblendet. Menschen mit wenig Ausbildung und tiefen Löhnen sterben im Schnitt fünf bis zehn Jahre früher als Wohlhabende.

Rente im freien Fall

Länger arbeiten und mehr bezahlen, nur um im Alter tiefere Renten zu beziehen: Das ist das erklärte Ziel der Banken- und Versiche-

rungslobby für die zweite Säule. Dort sind die Renten seit über einem Jahrzehnt im freien Fall. Die soeben publizierte Neurentenstatistik des Bundes bestätigt den verheerenden Rentenzersfall und die miserable Rentensituation der Frauen. Die mittlere Pensionskassen-Rente von Frauen ist heute nur etwa halb so hoch wie diejenige der Männer. Die Erosion der Renten in der beruflichen Vorsorge trifft aber alle Versicherten: Seit 2015 ist die mittlere Pensionskassenrente um 135 Franken pro Monat (7,5 Prozent) gesunken, obwohl es den Kassen finanziell besser geht: Die durchschnittliche Rendite betrug im letzten Jahr über 8 Prozent. Die Hälfte der Frauen, die 2020 pensioniert wurden, erhält eine monatliche Rente von weniger als 1167 Franken. Fast ein

Drittel der Frauen hat jedoch gar keine Rente aus der zweiten Säule.

Für eine AHV mit existenzsichernden Renten

Das Rentenniveau von Frauen und Männern in der ersten Säule ist gleich hoch: Die durchschnittliche AHV-Rente beträgt heute 1800 Franken im Monat. Diese erfreuliche Entwicklung verdanken wir nicht zuletzt der Einführung der Erziehungs- und Betreuungsgutschriften. Die AHV ist die einzige Sozialversicherung, die unbezahlte, aber gesellschaftlich notwendige Arbeit wie beispielsweise die Betreuung von Kindern oder Angehörigen berücksichtigt. Jede vierte Rentnerin kann im Alter nur auf die AHV zählen. Doch vom AHV-Einkommen allein kann niemand leben. Doppelt

so viele Frauen wie Männer beziehen heute Ergänzungsleistungen, um über die Runden zu kommen.

Für Frauen gibt es mehrere Rentenfallen: Lohndiskriminierung, Übervertretung in Niedriglohnberufen, Erwerbsunterbrüche von Müttern, Teilzeitarbeit sowie der Koordinationsabzug in der zweiten Säule führen zu tieferen Renten im Alter. Das faktische Rentenalter ist heute bereits tiefer als das gesetzliche. Gerade Frauen steigen früher aus dem Erwerbsleben aus, um Betreuungsaufgaben für Enkelkinder oder pflegebedürftige Angehörige zu übernehmen. Die hauptsächlich von Frauen geschulterte Gratisarbeit hat einen hohen Wert, aber auch einen hohen Preis: In Franken gerechnet, geht es um Betreuungsaufgaben im Wert von 248 Milliarden Franken im Jahr, während

die Rentenlücke der Frauen gegenüber den Männern rund einen Drittel beträgt.

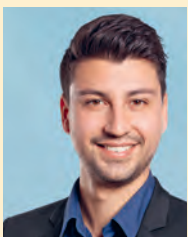
Die Finanzierung der AHV ist eine Frage des politischen Willens. Die notwendige Zusatzfinanzierung wurde in dieser Revision auf 0,4 Mehrwertsteuer-Prozente zusammengekratzt. Weitere Leistungskürzungen gehören zum Plan der Bürgerlichen, denn die nächste AHV-Revision ist bereits in fünf Jahren fällig.

Verhindern wir jetzt die Aushöhlung unseres wichtigsten Sozialwerks! Mehr noch: Setzen wir uns offensiv für den Ausbau der AHV mit existenzsichernden Renten ein!

Jetzt das Referendum gegen
«AHV 21» unterschreiben:
ahv-referendum.ch

Ohne globale Gerechtigkeit kein Ende der Pandemie

Solange sich die Länder des globalen Südens den Impfstoff nicht leisten können, wird es weitere Mutationen des Virus geben. Wären die Patente temporär ausgesetzt worden, hätte ein grosser Teil der Weltbevölkerung mit Impfstoff versorgt werden können.



Fabian Molina, Nationalrat ZH und Co-Präsident von SWISSAID

Im Oktober 2020 beantragten Südafrika und Indien bei der Welthandelsorganisation in Genf, die Patente auf Corona-Impfstoffe für die Dauer der Pandemie freizugeben. Begründung: Wenn nicht alle Menschen auf unserem Planeten rasch gegen COVID-19 immunisiert werden, drohen neue Mutationen und damit eine Verlängerung der Pandemie.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die Virusvariante Omikron zuerst in Süd-

afrika entdeckt wurde. Die westlichen Industrieländer und damit auch die Schweiz hätten es in der Hand gehabt, diese Mutation zu vermeiden, wenn sie das Ziel einer globalen, solidarischen Pandemie-Bekämpfung priorisiert hätten. Der Antrag von Südafrika und Indien, der von weit über 100 Staaten unterstützt wird, fordert die temporäre Aufhebung der Rechte am geistigen Eigentum für Corona-Therapeutika (TRIPS-Abkommen). Damit hätten neben den grossen Pharmakonzernen auch weitere Hersteller:innen die Produktion anwerfen können. So wäre der Impfstoff global zugänglich gemacht worden.

Doch der Bundesrat lehnte die Forderung nach Aufhebung der Patente ab. Valable Alternativen präsentiert er allerdings nicht. Vielmehr konzentriert er sich darauf, die nationale Impfkampagne voranzutreiben, was zwar richtig

und wichtig, in einer globalen Krise aber auch ungerecht und kurzfristig ist. Denn ein Ende der Pandemie können wir nur herbeiführen, wenn wir sicherstellen, dass weltweit alle Menschen Zugang zur Impfung haben. Nur eine möglichst flächendeckende globale Immunität gegen das Covid-19-Virus wird uns allen die notwendige Sicherheit bringen.

Wo weniger als 3 Prozent der Menschen geimpft sind

Ein Blick in die Statistiken zeigt: Es ist nicht verwunderlich, dass sich viele Staaten erneut dazu gezwungen sehen, einschneidende Massnahmen gegen das Virus zu ergreifen. In Sambia sind beispielsweise nur 7,6 Prozent der Menschen doppelt geimpft, in Mali sogar nur 2,8 Prozent, während in den Vereinigten Arabischen Emiraten praktisch alle geimpft sind. Die Impfquoten

widerspiegeln die strukturellen Ungleichheiten in der Welt. Schlimmer noch: Die Art und Weise der Pandemie-Bekämpfung vergrössert diese Ungleichheiten zusätzlich.

Was gilt es also zu tun? Damit das Virus nicht immer wieder in Form von neuen Mutationen auftaucht, braucht es eine auf internationaler Ebene koordinierte Pandemie-Strategie, die den globalen Süden miteinbezieht. Eine Öffnung der Patente auf Impfstoffe, deutlich höhere Beiträge an die globale Impfallianz Covax und das Ende des Vakzin-Hamsterns durch reiche Staaten sind dabei wichtige Elemente.

Die Impfquoten widerspiegeln die strukturellen Ungleichheiten in der Welt.